



Berlin, 18. Februar 2022

Liebe Leserinnen und Leser,



letzten Sonntag haben wir mit großer Mehrheit Frank-Walter Steinmeier im Amt bestätigt. Das war ein großer Tag für unsere Demokratie, denn mit der Wahl von Frank-Walter Steinmeier bleibt ein engagierter Demokrat Bundespräsident.

1

In seiner Rede hat er die Werte der Demokratie betont, die wir gerade in einer sich polarisierenden Gesellschaft verteidigen werden. Die rote Linie verläuft bei Hass und Gewalt und diese gilt es, gemeinsam zu halten. Dafür steht unser Bundespräsident, dafür stehen wir alle.

Auch sein beherzter Appell an den russischen Präsidenten, gemeinsam im Dialog nach einer friedlichen Lösung zu suchen, war richtig und wichtig. Die Bundesregierung und ihre Partner in der EU und NATO arbeiten weiterhin mit Hochdruck an einer friedlichen Lösung des Konflikts.

In der Corona-Pandemie befinden wir uns in einer neuen Phase. Zwar führt Omikron zu deutlich höheren Fallzahlen. Da wir gleichzeitig aber auch weniger schwere Krankheitsverläufe verzeichnen, wollen wir erste, maßvolle Lockerungen in den Blick nehmen. Zugleich müssen wir weiterhin achtsam bleiben. Denn mögliche neue Virusvarianten können jederzeit zu einer Überlastung unsers Gesundheitssystems führen und das bisher Erreichte zunichtemachen.

Wichtig ist, dass wir gut vorbereitet in den kommenden Herbst gehen. Impfen bleibt weiter der Weg aus der Pandemie. Ein Gruppenantrag für eine allgemeine Impfpflicht liegt nun vor. Über diesen und weitere Gruppenanträge pro und contra Impfpflicht werden wir nun im März im Bundestag beraten.

Bleiben Sie gesund!

Ihre

In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche.....	2
Zitat der Woche.....	2
Podcast der Fraktion.....	2
Bundesversammlung.....	3
Impfpflicht-Entwurf.....	4
§ 219a	5
Mali-Mission.....	5
Kurzarbeit.....	6
Heizkostenzuschuss.....	6

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



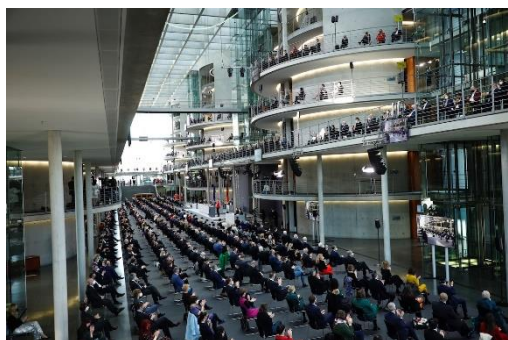
Am 13. Februar durfte ich an der Bundesversammlung teilnehmen, in der Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident wiedergewählt wurde. Eine gute Entscheidung. Er repräsentiert unser Land mit ruhiger Hand, aber auch mit klaren Worten.



Bilder der Woche

2

Pandemiebedingt fand die Versammlung diesmal im Paul-Löbe-Haus statt, das eine beeindruckende Kulisse lieferte. Die Teilnahme war eine große Ehre für mich, aber auch die Gelegenheit alte Bekannte, wie den Krankenpfleger Alexander Jorde (Bild links), der 2017 in der Wahlarena im Gespräch mit Angela Merkel für Aufsehen sorgte wiederzutreffen.



Zitat der Woche

„Wer für die Demokratie streitet, der hat mich auf seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben!“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Antrittsrede nach seiner Wiederwahl in der Bundesversammlung am 13. Februar.



Lage der Fraktion - der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? Künftig werde ich den Podcast regelmäßig in meinem Newsletter mit aufnehmen. Los geht es mit einer Folge zur Lage in der Ukraine.

WAS WILL PUTIN IN DER UKRAINE?



Michael Roth, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, erklärt, was Putin antreibt, was Olaf Scholz in Moskau erreicht hat, und wie eine diplomatische Lösung des Konflikts aussehen könnte.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!



Bundesversammlung

„Wer die Demokratie angreift, wird mich als Gegner haben“

Frank-Walter Steinmeier ist erneut zum Bundespräsidenten gewählt worden. Er will sich Hass und Gewalt entgegenstellen und die Auseinandersetzung mit radikalen Gegnern der Corona-Politik nicht scheuen.

Mit breiter Mehrheit hat die Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier (SPD) für weitere fünf Jahre als Bundespräsident bestätigt. Mit 1045 Stimmen erhielt er am Sonntag die erforderliche Mehrheit der Delegierten aus Bund und Ländern. SPD, Grüne, FDP und auch die Union hatten sich für seine Wiederwahl ausgesprochen. Der von der AfD ins Rennen geschickte Max Otte sowie die beiden übrigen Gegenkandidaten, Stefanie Gebauer (Freie Wähler) und der von der Linkspartei aufgestellte Bewerber Gerhard Trabert, galten somit als chancenlos.

In seiner Rede benannte Steinmeier klar das Thema, für das er sich in den kommenden Jahren weiter einsetzen will: die Demokratie. „Nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen“, sagte der Bundespräsident. Er werde überparteilich sein. „Aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, der hat mich auf seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben.“

Die rote Linie verläuft bei Hass und Gewalt

Der Auseinandersetzung mit radikalen und gewaltbereiten Gegnern der Corona-Politik will er nicht aus dem Weg gehen. „Denen, die

Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Hass und Lügen verbreiten, die von „Corona-Diktatur“ fabulieren und sogar vor Bedrohung und Gewalt nicht zurückschrecken, gegen Polizistinnen, Pflegekräfte und Bürgermeister, denen sage ich: Ich bin hier, ich bleibe“, kündigte Steinmeier an.

Er werde als Bundespräsident keine Kontroverse scheuen, Demokratie brauche Kontroverse, so Steinmeier. „Aber es gibt eine rote Linie, und die verläuft bei Hass und Gewalt. Und diese rote Linie müssen wir halten in diesem Land“, sagte Steinmeier. Er warnte davor, die Herausforderungen für die Demokratie zu unterschätzen. „Gegner der Demokratie, von außen und von innen, säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit und unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft, den freien Medien.“

Steinmeier betonte aber auch: „Die Pandemie hat tiefe Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft. Und ich möchte dabei helfen, diese Wunden zu heilen“. Nach zwei Jahren Pandemie gebe es Frust und Gereiztheit. Es habe Fehler und Fehleinschätzungen gegeben. „Aber, meine Damen und Herren, man zeige mir ein autoritäres System, das besser durch diese Krise gekommen wäre.“ Der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Pandemie, die rasche Impfstoff-Entwicklung, sei in der freien Wissenschaft in Deutschland, mit Partnern in Europa und den USA geschehen.

Klarer Appell an Putin

Mit Blick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine richtete sich Steinmeier direkt an den russischen Präsidenten Wladimir Putin: „Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Und suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt“, sagte Steinmeier und fügte hinzu: „Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!“



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hatte in ihrer Eröffnungsansprache zur Wahl des Bundespräsidenten dazu aufgerufen, angesichts der vielen aktuellen Krisen nicht den Mut zu verlieren. Nicht alle Krisen ließen sich einfach lösen. „Sie dürfen aber erwarten, dass ich uns Mut mache - und das mache ich aus vollster Überzeugung.“

Bas verwies auf die gesellschaftlichen Spannungen infolge der Corona-Politik, auf den Klimawandel und auf die Krise um die Ukraine. „Machen wir uns klar, dass Furcht nicht weiterhilft“, sagte Bas. Das Zusammenstreuen der Bundesversammlung und die Wahl des neuen Staatsoberhauptes zeigten: „Unser Staat funktioniert auch in schwieriger Zeit.“

Impfpflicht-Entwurf

Der Grundstein für einen besseren Winter

Eine Gruppe Abgeordneter der Ampel-Fraktionen hat einen Gesetzesentwurf für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für Erwachsene vorgelegt. Sie soll ab dem 1. Oktober gelten.

Eine siebenköpfige Abgeordnetengruppe aus den Ampel-Fraktionen hat am Freitag einen fraktionsübergreifenden Gesetzesentwurf für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren vorgelegt. Der Gruppe gehören aus der SPD Vizefraktionschefin Dagmar Schmidt und Vizefraktionschef Dirk Wiese an.

Durch die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für die Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 würden eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert und mögliche gesundheitliche Folgen einer Erkrankung deutlich reduziert, heißt es in dem Entwurf.

Einer erneuten und mit hoher Wahrscheinlichkeit anstehenden Infektionswelle im bevorstehenden Herbst und Winter, die zur Eindämmung des Krankheitsgeschehens weitergehende Eingriffe in Grundrechte durch anderweitige Schutzmaßnahmen mit weiteren, individuell und gesellschaftlich schwerwiegenden belastenden Folgen erforderlich machen würde, könne so vorgebeugt werden.

„Wir wollen mit diesem Gesetz den Grundstein für einen besseren Winter legen“, sagte SPD-Fraktionsvizein Dagmar Schmidt. Über die Einführung einer Impfpflicht will der Bundestag noch vor Ostern entscheiden.

Die wichtigsten Punkte aus dem Entwurf:

Bis zum 15. Mai 2022 **informieren die Krankenkassen** die Menschen über die Gefahren der Covid-19-Erkrankung. Sie erhalten Beratungsangebote, Informationen über Impfmöglichkeiten, die zugelassenen Impfstoffe und die gesetzliche Pflicht, sich bis zum Herbst impfen zu lassen.

Menschen, die **dreimal geimpft (oder geimpft und genesen) sind**, können dies ganz einfach digital zum Beispiel per Smartphone oder analog etwa in der nächsten Apotheke nachweisen. Sie haben ihre Pflicht damit schon erledigt.

Menschen, die noch nicht dreimal geimpft sind, haben eine **angemessene Zeit, sich zu informieren**, sich beraten und schließlich impfen zu lassen. Menschen, bei denen eine Impfung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, oder Frauen, die am Beginn ihrer Schwangerschaft stehen, können dies nachweisen und müssen nicht geimpft werden.

Die Impfpflicht gilt **ab dem 1. Oktober**. Bis dahin müssen Erwachsene drei Immunisierungen nachweisen. Dies kann auch im öffentlichen Raum kontrolliert werden.



Wenn Menschen trotz Information und Beratungsangebot bis dahin kein Impfangebot wahrnehmen, wird die zuständige Ordnungsbehörde informiert. Dort wird ein **Bußgeldverfahren** eingeleitet.

Das Gesetz ist bis **zum 31. Dezember 2023 befristet**. Bis dahin wird das Gesetz alle drei Monate auf seine Wirksamkeit überprüft. Die Ergebnisse der Prüfung müssen dem Bundestag vorgelegt werden.

§ 219a

§ 219a passt nicht in die Zeit

Der Bundestag diskutierte gestern im Vorfeld des Internationalen Frauentages über die Gleichstellung von Frauen und Männern. Eines der ersten Projekte, dass die Ampel-Koalition angeht: die ersatzlose Streichung des sogenannten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche.

Sönke Rix, stellvertretender Fraktionsvorsitzender:

„Das sogenannte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche wird bald Geschichte sein. Längst überfällig lösen wir einen Widerspruch auf: zwischen einem regulierten erlaubten Schwangerschaftsabbruch und der unerlaubten sachlichen Information darüber. Das stärkt die Berufsfreiheit von Ärztinnen und Ärzten, die Abbrüche vornehmen. Und es stärkt Frauen in ihrem Recht, sich umfassend zu informieren: über Methoden, Ablauf, Risiken und Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs. Um diese Frauen auch vor Stigmatisierungen und Anfeindungen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern zu schützen, werden wir auch sogenannten Gehsteigbelästigungen gesetzlich einen Rie-

gel vorschreiben. Frauen wollen im 21. Jahrhundert zu Recht nicht länger bevormundet werden, sondern brauchen eine Rechtsgrundlage, sich eigenverantwortlich für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden.“

Dirk Wiese, stellvertretender Fraktionsvorsitzender:

„Es ist höchste Zeit für eine fortschrittliche Politik, die einer modernen und vielfältigen Gesellschaft entspricht. Aufgrund der jahrelangen Blockade von CDU und CSU können Ärztinnen und Ärzte am Anfang des Jahres 2022 noch immer nicht sachlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne sich der Gefahr einer Strafverfolgung auszusetzen. Diese Situation ist nicht mehr hinnehmbar. Der § 219a StGB passt nicht in die Zeit. Die Ampel-Koalition sorgt nun mit neuen Mehrheiten dafür, künftig Ärztinnen und Ärzte sachgerechte Aufklärung zu ermöglichen und Frauen dabei zu unterstützen, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen.“

Mali-Mission

Kein „Weiter so“ in Mali

Frankreich und seine europäischen Partner beenden einen Teil ihrer Mali-Missionen. Aus Sicht der SPD-Fraktion im Bundestag ein folgerichtiger Schritt. Auch die Bundesregierung wird sicherlich Konsequenzen aus dem fehlenden demokratischen Zugeständnissen der Putsch-Regierung in Mali ziehen. Dabei sollten die verschiedenen Missionen im Land jedoch unterschiedlich bewertet werden.

Dass es kein einfaches ‚Weiter so‘ beim Engagement in Mali geben kann, ist klar. Frankreich und die beteiligten EU-Partner haben



nun folgerichtig angekündigt, ihre beiden militärischen Missionen Barkhane und Takuba zu beenden.

Die Bundesregierung wird sicher ebenfalls Konsequenzen ziehen, aus dem fehlenden Bekenntnis der malischen Putsch-Regierung zu einer demokratischen Transition, der Behinderungen der internationalen Truppen, dem zunehmend feindseligen Gebaren gegenüber westlichen Staaten und der Tätigkeit der Wagner-Söldner-Truppe in Mali.

Konsequenzen müssen insbesondere bei der europäischen Ausbildungsmission gezogen werden. Warum sollen wir Soldatinnen und Soldaten für die malische Putsch-Regierung ausbilden? Da bin ich sehr skeptisch. Wichtig ist jedoch beim Engagement Deutschlands in Mali zu differenzieren: Die UN-geführte Mission MINUSMA zur Sicherung des Friedensabkommens von Algier leistet gerade für den Schutz der Zivilbevölkerung und für die Sicherung des Zugangs von humanitärer Hilfe essentielle Dienste. Dieser Einsatz muss für die Menschen in Mali fortgeführt werden.

Kurzarbeit

Sonderregeln für Kurzarbeit werden verlängert

Der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld und die erhöhten Sätze werden bis zum 30. Juni 2022 verlängert, um den betroffenen Branchen Planungssicherheit zu geben.

Einige Branchen, wie etwa die Veranstaltungsbranche, sind durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus noch immer stark betroffen. Was die Arbeitnehmer:innen und Unternehmen

jetzt brauchen, ist Planungssicherheit. Deshalb verlängert die Ampel-Koalition die Sonderregelungen für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022. Damit steigt die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 28 Monate. Die Mindestanforderungen für die Gewährung sowie die erhöhten Sätze des Kurzarbeitergeldes gelten weiterhin (ab dem vierten Monat 70 Prozent bzw. 77 Prozent, wenn Kinder im Haushalt leben; ab dem siebten Monat 80 Prozent bzw. 87 Prozent).

Heizkostenzuschuss

Heizkostenzuschuss soll Entlastung bringen

Wohngeldempfänger:innen und BAföG-Bezieher:innen sollen einen einmaligen Zuschuss erhalten, um sie angesichts steigender Energiepreise finanziell zu entlasten.

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. Um diese Belastungen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden, schlagen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen einmaligen Heizkostenzuschuss vor. Der Gesetzesentwurf wurde am Freitag erstmals vom Bundestag beraten. Er sieht vor, dass neben 710.000 Haushalten, die Wohngeld beziehen (rund 1,6 Millionen Personen), auch rund 370.000 BAföG-Bezieher:innen und 75.000 Aufstiegs-BAföG-Empfänger:innen sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld erhalten, diesen Zuschuss bekommen.

Die Auszahlung an Empfänger:innen von Wohngeld, Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld soll automatisch erfolgen,

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Empfänger:innen von BAföG und Aufstiegs-BAföG sollen den Zuschuss auf Antrag erhalten.

Wohngeldempfänger:innen sollen die Einmalzahlung nach Haushaltsgröße gestaffelt erhalten, beginnend mit 135 Euro für Ein-Personen-Haushalte, 175 Euro für Zwei-Personen-Haushalte und 35 Euro Zuschlag für jede weitere Person im Haushalt. (Aufstiegs-) BAföG-Empfänger:innen bekommen einen Pro-Kopf-Zuschuss in Höhe von 115 Euro.

Ziel ist es, dass die rund 2,1 Millionen Berechtigten den Zuschuss erhalten, noch bevor die Nebenkostenabrechnungen für die Heizperiode vorliegen. Dies ist üblicherweise ab dem Sommer der Fall.